

CHÓŚEBUZ

Stadtverwaltung Cottbus · Postfach 101235 · 03012 Cottbus

Fraktion CDU, Frauenliste Cottbus der Stadtverordnetenversammlung Cottbus z.Hd. Herrn Dr. Bialas Erich Kästner Platz 1 03046 Cottbus

Dalum 27.05.2013

Geschäftsbereich/Fachbereich

FB 20

Beantwortung Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 29.05.2013 Thema: Durchsetzung Konnexitätsprinzip

Zeichen Ihres Schreibens Durchsetzung Konnexität

Sprechzeiten

Sehr geehrter Herr Dr. Bialas,

vielen Dank für Ihre interessante Anfrage, die wir wie folgt beantworten:

1. Sind seitens der Stadt Cottbus weitere Klagen gegen die Nichtausfinanzierung von übertragenden Aufgaben anhängig, und wenn ja, wie ist der Stand des /der Klageverfahren?

Seitens der Stadt Cottbus ist derzeit noch ein Verfahren hinsichtlich FAG anhängig. Hier wurde durch die 3 kreisfreien Städte des Landes Brandenburg eine kommunale Verfassungsbeschwerde gegen das Brandenburger Finanzausgleichsgesetz erhoben. Offensichtlich ist die schriftliche Anhörung abgeschlossen. Der Stand des Verfahrens ist derzeit offen. Mit einer eventuellen mündlichen Anhörung ist frühestens zum Ende des III. Quartales 2013 zu rechnen.

- 2. Bei welchen übertragenden Aufgaben von Bund und Land werden der Stadt Cottbus weniger als 25 % der nachweisbaren Aufwendungen durch die Übertragenden finanziert (die Aufgaben, die Rechtsgrundlagen, die kalkulierten Aufwendungen für 2012 und 2013, den finanziellen Zuschuss 2012 und 2013 jeweils einzeln aufführen)?
- 3. Bei welchen übertragenden Aufgaben von Bund und Land werden der Stadt Cottbus nur zwischen 25 % und 50 % der nachweisbaren Aufwendungen durch die Übertragenden finanziert (die Aufgaben, die Rechtsgrundlagen, die kalkulierten Aufwendungen für 2012 und 2013 sowie den fianziellen Zuschuss 2012 und 2013 jeweils einzeln aufführen)?

Die Anlage 1 stellt hierzu die Angaben komprimiert zur Verfügung.

Ansprechpartner/-in Herr Petsch

Zimmer 347

Mein Zeichen RPMF / Konnexität / 0001/2013

Telefon 0355 / 612 2285

Fax 0355 / 612 132285

E-Mail Ronny.Petsch@Cottbus.de

Stadtverwaltung Cottbus

Neumarkt 5 03046 Cottbus

Konto der Stadtkasse Sparkasse Spree-Neiße Inlandszahlungsverkehr Kto.Nr.: 330 200 00 21 BLZ: 180 500 00

Auslandsverkehr IBAN: DE06 1805 0000 3302 0000 21 BIC: WELADED1CBN

0-25% ausfinanziert:

- > Akkreditierungsverpflichtungen für Trichinenlabore, Qualitätsmanagement Fachbereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
- > elektronischer Personalausweis
- > Wohngeldstelle
- > Schulträgerschaft
- > Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde
- > Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörde
- > Kindertagesbetreuung gemäß KITA-Gesetz des Landes Brandenburg

25-50% ausfinanziert:

➤ Keine

50,10% Ausfinanzierung:

Kommunale Pflichtaufgaben SGB II mit Jobcenter

53,06% Ausfinanzierung:

Leistungen für Asylbewerber, Ausländer und ausländische Flüchtlinge

65,15% Ausfinanzierung:

 Kommunalisierung SGB XII / Eingliederungshilfe behinderter Menschen, Hilfe zur Pflege, Behindertenhilfe, weitere Hilfen (inkl. Heime)

68,43% Ausfinanzierung:

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Für die vielen, zusätzlichen, nicht ausfinanzierten, jedoch nicht klar abtrennbaren Aufgaben, erhalten wir 2013 eine pauschale Zuweisung in Höhe von ca. 8,14 Mio. EUR. Im Verhältnis zu den verbleibenden Beträgen aus den abgrenzbaren, nicht ausfinanzierten Ausgaben aus der Anlage 1, entspricht dies ca. 11 Prozent.

4. Gibt es zu den unter Frage 2 und 3 genannten übertragenen und unterfinanzierten Aufgaben von Bund und Land Prüfungen der Stadt Cottbus, die realen Aufwendungen im Ergebnishaushalt für diese übertragenen Aufgaben zu reduzieren?

Mit jeder Haushaltsaufstellung werden alle Ausgaben, welche im Haushaltsplan enthalten sind, kritisch geprüft und hinterfragt. Ausgaben werden, so weit möglich, auf ein minimales Maß zurückgefahren. Aufgaben, welche nicht mehr notwendig sind, werden entsprechend eingestellt.

5. Beabsichtigt die Stadt Cottbus allein oder mit anderen Kommunen weitere Klagen wegen der nicht ausreichenden Finanzierung von übertragenden Aufgaben zu erheben und wenn ja, welche Aufgabenbereiche sind davon betroffen?

Mit heutigen Stand sind keine weiteren Klagen vorgesehen.

Hinsichtlich des Entwurfes zum Vierten Änderungsgesetz des Brandenburgischen Finanzausgleichgesetzes wird gegenüber den Fraktionen SPD und DIE LINKE. des Landtages Brandenburg kritisch Stellung bezogen.

Hierbei ist der alleinige Fokus der bedarfsgerechten Mittelverteilung auf die Schlüsselmasse des kommunalen Finanzausgleichs nicht zu verstehen. Das bestehende BbgFAG verpflichtet das Land bereits seit seinem Bestehen zu einer regelmäßigen Überprüfung der proportionalen Verteilung von Finanzmitteln zwischen dem Land und den Kommunen und nicht nur innerhalb der kommunalen Finanzausgleichsmasse.

Mit der Entschließung 5/2566 aus Dezember 2010 hatte der Landtag entsprechende finanzwissenschaftliche Gutachten zum vertikalen und horizontalen Finanzausgleich in Auftrag gegeben. Die Gutachten von Prof. Junkernheinrich und Prof. Lenk liegen bereits seit Längerem vor.

Die vier kreisfreien Städte appellieren, die Forderungen und Empfehlungen zur Erhöhung der Verbundquote nach § 3 Abs. 1 sowie die kommunalen Forderungen zur sofortigen Abschaffung des Vorwegabzuges nach § 3 Abs. 2 ernst zu nehmen und sich für die umfassende Übernahme dieser Empfehlungen in das BbgFAG einzusetzen.

Die kreisfreien Städte müssen bei Betrachtung der bislang vorliegenden Modellrechnungen

Folgendes feststellen:

- 1. Nicht die kreisfreien Städte, sondern die Landkreise sind die Gewinner dieser Umverteilung. Diese erhalten bei dem Verteilmaßstab, der in den Gesetzentwurf übernommen wurde (Modell 2B), zusätzlich 10,0 Mio. EUR, d.h. durchschnittlich 714,3 TEUR pro Landkreis.
- 2. Die vier kreisfreien Städte erhalten dagegen insgesamt nur 725,2 TEUR zusätzlich, d.h. durchschnittlich 181,3 TEUR. Den höchsten Nutzen aus der Umverteilung hätte Frankfurt (Oder) mit 390,3 TEUR. Die Landeshauptstadt Potsdam verliert sogar 268,9 TEUR.
- 3. Die vor allem für die kreisfreien Städte beabsichtigte Stärkung der Finanzausstattung wird so nicht erreicht.

Insofern ist die Diskussion, hinsichtlich des Entwurfes zum Vierten Änderungsgesetz des Brandenburgischen Finanzausgleichgesetzes im Landtag abzuwarten.

Sofern noch weitere Fragen auftreten, stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen.

Bürger Keich Bürgermeister

Auf	Aufwand Stadt	Cottbus - ük	Cottbus - übertragene Aufgaben Bund/Land	ufgaben Bu	nd/Land			
The state of the s		20	2013			2012	12	
Aufgabe	Kosten gesamt	Erstattungen	nicht ausfinanziert	Grad der Finanzierung	Kosten gesamt	Erstattungen	micht ausfinanziert	Grad der Finanzierung
Akkrediterungsverpflichtungen für Trichinenlabore, Qualitätsmanagement Fachbereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung	4.400	0	4,400	%00'0	10.500	0	-10.500	%00'0
elektronischer Personalausweis - 2012er Zahlen	617,630	0	-617.630	%00'0	617.630	0	-617.630	%00'0
Wohngeldstelle	657.400	0	-557.400	%00'0	620.900	0	-620,900	%00'0
Leistungen für Asylbewerber, Ausländer und ausländische Flüchtlinge - Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung	1.471.200	780.600	-690,600	83,06%	865.400	446.700	418.700	51,62%
Kommunale Pflichtaufgaben SGB II mit Jobcenter gesetzi. Grundlagen SGB II § 6 sowie §§ 16 a.22 u.23 Abs.3: SGB I u. X: Landesaufnahmegesetz, Mietrecht, Unterkunftsrichtlinie der Stadt Cottbus u. Vw-vorschriften des FB 50- Beihilferichtlinie	38.525.500	19.303.000	-19.222.500	.20,10%	37.625.500	17,592,900	-20.032.600	46,76%
Kommunalisierung SGB XII / Eingliederungshilfe behinderter Menschen, Hilfe zur Pflege, Behindertenhilfe, weitere Hilfen (inkl. Heime) gesetlichndegen 1.2.2.11.1314.15.kap.SGB XII, SGB I bis SGB XII, BGB. Landeseurhalmegen 2. Richtlinden der Stelt des FB usw.	25.210.600	16.425.300	-8.785.300	65,15%	22.072.000	15.604.200	-6.467.800	70,70%
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5.592.200	3.826.600	-1.765.600	68,43%	4.792,400	1.901,400	-2.891.000	39,68%
Bildung und Teilhabe	3.000.200	3.000,200			1,919.500	2.934.100		
Schulträgerschaft - Brandenburgisches Schulgesetz. Beschluss Schulentwicklungsplan 2007-2012 v. 30.01.2008, alte Schulformen, Schülerbeförderung und Fördermaßnahmen für Schüler	19,200,100	3.600.000	-15.600.100	18,75%	19.564.600	3.550.000	-16,014,600	18,15%
Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung gemäß § 52 BbgBO	768,100	0	-768.100	%00'0	809.500	0	-809.500	%00'0
Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörde als Pflichtaufgabe z. Erfüllung nach Weisung gem. § 16 BbgDSchG	171.600	0	-171.600	%00'0	177.600	0	-177.600	%00'0
Kindertagesbetreuung gemäß KITA-Gesetz Land Brandenburg - Kinder und Jugendhlifogesez, Kindertagesstättengesetz, Tagesbetreuungsausbaugesez, Kinder-und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz	33.771.800	7.663.800	-26.108.000	22,69%	29.934.200	7,408.100	-22.526.100	24,75%
Gesamt	128.890.730	54.599.500	-74.291.230		119.009.730	49.437.400	-70.586.930	
pauschale Zuweisung für übertragenen Aufgabe It. FAG		8.144.000	pauschale Zuweisung	~10,96%		7.965,900	pauschale Zuweisung	-11,29%
Gesamt (einschl. Zuweisung f. übertragene Aufgaben)	128.890.730	62.743.500			119.009.730	57,403,300		